

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 70 (1978)
Heft: 5

Buchbesprechung: Heraus aus der Krise, wohin? : Eine Anfrage betreffend unser Wirtschaftswachstum

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

hat im Laufe der Geschichte wiederholt erschreckende Folgen gezeitigt. Kipphardt dokumentiert dies zum Beispiel anhand eines Gesprächs mit einem amerikanischen Bomberpiloten, der bei seiner Arbeit überhaupt keine Gewissenskonflikte empfindet und dem es nur darum geht, seine tödliche Last möglichst genau ins Ziel zu bringen. Sein Auftrag ist die genaue Ausführung eines Befehls, über das Ergebnis macht er sich keine Gedanken, dies gehört bereits in einen anderen Kompetenzbereich. Kipphardt zeigt auch auf, dass all jene, die ein solches Denkschema nicht voll akzeptieren, in ein Abseits gedrängt werden und von der «gesunden Volksmeinung», die mit kleinen Abweichungen diese Arbeitsteilung akzeptiert, als Störenfriede und Volksfeinde eingestuft werden. Erschreckend ist in dieser Hinsicht die Meinungsumfrage nach einer Anti-Schah-Demonstration in Berlin, wo harmlose Passanten von der Polizei grösste Härte gegenüber den Demonstranten fordern. Es wird dabei nach Göring gerufen, es werden Maschinengewehre und Flammenwerfer für den Polizeieinsatz gefordert.

Hinweise

Zum Problemkreis «Berufswahl von Mädchen» einerseits und Frauenarbeit und Arbeitsbedingungen für Frauen andererseits publiziert die deutsche sozialdemokratische Monatsschrift *«Die Neue Gesellschaft»* (Nummer 4) zwei diskussionsbereichernde, sich ergänzende, teilweise auch überschneidende Arbeiten. Christine Schmarsow macht in ihrem Beitrag Anmerkungen zum Problem der Berufsausbildung für Mädchen. Anhand von

recht viel Zahlenmaterial zeigt sie auf, in welchen Berufen sich die Mädchen hauptsächlich ausbilden lassen. Aus dieser Arbeit sei hier eine Stelle zitiert, die über einen Versuch informiert, der zum Ziele hat, einen stärkeren Wechsel von den überfüllten «Frauenberufen» in die als Domäne der Männer bezeichneten Berufe herbeizuführen: «Das Land NRW hat Ende des vorigen Jahres mit einem beschäftigungspolitischen Förderungsprogramm begonnen, wonach Arbeitgeber, die Mädchen in einem von 54 ausgewählten 'Männerberufen' und Jungen in einem von 27 genau bezeichneten 'Frauenberufen' ausbilden, für die Dauer der Ausbildung (in der Regel drei Jahre) einen monatlichen Zuschuss von 400 DM bekommen.» Herta Däubler-Gmelins Beitrag ist mit «Frauenarbeit und Arbeitsbedingungen für Frauen» überschrieben. Ihre Arbeit ist recht grundsätzlicher Natur. Sie äussert sich zur traditionellen Rolle der Frau, zur Erwerbstätigkeit, zur Konzentration der Frauenerwerbstätigkeit, zur Teilzeitarbeit (etwa neun Zehntel der Teilzeitarbeitenden und nahezu alle Heimarbeiter sind Frauen), zur beruflichen Position, zu Verdienst und Rente, aber auch über den Einfluss der schwierigen Arbeitsmarktsituation, deren Ursachen und die Zukunftsaussichten.

Die *«Frankfurter Hefte»* haben ihre über 160 Seiten starke Aprilnummer als Sonderheft mit dem Titel «Zukunft konkret» herausgegeben. Zu den Mitarbeitern dieser repräsentativen Nummer gehören unter anderen: Ivo Frenzel, Eugen Kogon, Carl Amery, Ernst von Weizsäcker, Walter Dirks, Hans Platschek und Hans-Georg Wittig.

Buchbesprechung

Heraus aus der Krise, wohin? Eine Anfrage betreffend unser Wirtschaftswachstum. Herausgegeben von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, 167 Seiten, Europa-Verlag, Wien 1977.

Verschiedene Kreise und Verfasser der Katholischen Sozialakademie Österreichs stellen in der vorliegenden Schrift die Frage nach den Ursachen der gegenwärtigen Rezession und versuchen einen Ausweg aus ihr aufzuzeigen. Die Schrift will eine Diskussionsgrundlage sein und nicht fertig ausgearbeitete wirtschaftspolitische Rezepte bieten.

In der Schrift wird vor allem kritisiert, in der westlichen kapitalistischen Wirtschaft herrsche zu einseitig das Gewinnmotiv, die Gewinnmaximierung vor. Die Befriedigung gesunder und dringender Bedürfnisse, die Verringerung von Arbeitsleid, Schonung der Umwelt und der Dienst am Menschen seien zweitrangig. Der alles Wirtschaften beherrschende Gott ist das Erzielen von Überschüssen. An der Gewinnmaximierung

sind primär alle unternehmerischen Entscheidungen orientiert, die von einer relativ sehr kleinen Zahl von Bank- und Unternehmensführern unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne jede Kontrolle durch die davon Betroffenen gefällt und durchgesetzt werden. Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen, die vor allem die Konjunktur und den Beschäftigungsgrad in der Wirtschaft bestimmen, sind vorwiegend an den Gewinnerwartungen und nicht am gesamtwirtschaftlich Nötigen ausgerichtet. Schon in der Befürchtung, die künftigen Gewinne würden sinken, werden Investitionen unterlassen. Folgerichtig sehen die Verfasser der Schrift die Hauptursache von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit in der privaten Kapitalüberakkumulation; ferner darin, dass ohne zusätzliche Planung der grossen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung der freie Markt niemals befriedigend Produktion und Bedarf aufeinander abstimmen kann.

Obwohl nun von Planung die Rede ist, wird die kommunistische Zentralverwaltungswirtschaft ganz entschieden abgelehnt. Denn in ihr hat sich nur eine neue herrschende Klasse herausgebildet, die keiner effektiven demokratischen Kontrolle unterliegt und deren Lebensbedingungen und Machtfülle noch grösser sind als jene der westlichen kapitalistischen Unternehmer. Zudem zeigt die Erfahrung, dass die Planung der kommunistischen Zentralverwaltungswirtschaft oft genug an den tatsächlichen Lebensbedürfnissen der von der Planung Betroffenen vorbeigeht. Auch mit der Verstaatlichung von Unternehmen ist noch keine Garantie für eine sozial gerechte Wirtschaft und Unternehmensführung geboten.

Wenn die Bedürfnisse und Interessen des Volkes wie des arbeitenden Menschen zur obersten Richtschnur der Wirtschaft und der Politik der Unternehmen werden sollen, dann sollte, wie Papst Johannes XXIII. in seinem Rundschreiben «Mater et magistra» (Nr. 82) sagt, «wer produktive Arbeit tut, muss auch in der Lage sein, den Gang der Dinge mitzubestimmen und durch seine Arbeit zur Entfaltung seiner Persönlichkeit gelangen». Durch ein paritätisches Mitbestimmungsrecht müssen die Arbeitnehmer darüber mitentscheiden, was produziert und wie produziert wird. Ebenso müssen die Interessen der Gesamtgesellschaft, die ja erst die Voraussetzungen für die Unternehmertätigkeit schafft, und die Interessen aller von Produktion und Produkten Betroffenen in der Unternehmensverfassung und Unternehmenspolitik ein Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht haben und eine Kontrollfunktion ausüben können. Zudem ist die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im voraus zu koordinieren, und die Koordination und Planung müssen öffentlich und in offenen Verfahren diskutiert und über sie demokratisch entschieden werden. Also nicht kommunistische oder privatkapitalistische Kommandowirtschaft, sondern eine soziale Marktwirtschaft, in welcher der Wirtschaftsprozess auf all seinen Stufen und in all seinen Bereichen durch eine demokratische Mitbestimmung gesteuert wird – und nicht mehr allein durch Marktkräfte, die vielfach nichts anderes als eine monopolistische Machtstellung und die Privatinteressen weniger Unternehmer sind.

Was es für die Demokratie bedeutet, wenn den Arbeitnehmern das Mitbestimmungsrecht verweigert wird, wird sehr eindrücklich gesagt: Das politische Verhalten breiter Mehrheiten ist unvermeidlich durch jene Erziehung bestimmt, die im ökonomischen Alltag geprägt wird. Wer nie Eigeninitiative jenseits des Konsums erlernen und erproben konnte, von dem ist politische Selbsttätigkeit schwerlich zu erwarten. Entwöhnung von der Verantwortung ist daher das Hauptzeichen der jetzigen politischen Lage. Die Demokratie ist schon im unaufhörlichen Rückzug, weil die Unternehmen und Betriebe nicht demokratisch gesteuert werden. Ein wachsendes Demokratiedefizit ist in das System unserer Unternehmen eingebaut.

Am Schluss der Broschüre nehmen sämtliche Wirtschaftskreise Österreichs zu den gebotenen Darlegungen Stellung. Es ist sehr lehrreich zu sehen, wie die politischen Parteien, Gewerkschafter und Unternehmer auf die Forderung nach einem demokratischen Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und Konsumenten in allen Bereichen der Wirtschaft reagieren.

Es lohnt sich sehr, die vorliegende Schrift aufmerksam zu studieren, auch dann, wenn in ihr das Mitbestimmungsrecht in allen Wirtschaftsbereichen noch nicht konkret, sondern vorderhand nur in ganz grossen Umrissen umschrieben wird. Jules Magri